

Geschäftsbericht

2019



Stadtwerke Langenfeld GmbH

Langenfeld

**Jahresabschluss zum Geschäftsjahr vom 01.01.2019 bis zum
31.12.2019**

Lagebericht

1. Geschäftsmodell

Der Unternehmensgegenstand der Stadtwerke Langenfeld GmbH („Stadtwerke“) als kommunales Energieversorgungsunternehmen umfasst die sichere, preiswürdige und umweltgerechte Versorgung mit Energie sowie die Bereitstellung von energienahen Dienstleistungen. Die unternehmerische Tätigkeit der Stadtwerke umfasst die Tätigkeiten Gas- und Stromvertrieb, Gasversorgungsnetz, Breitbandnetz und Kommunikationsdienstleistungen. Für die Versorgung der Langenfelder Kunden mit Erdgas waren Ende 2019 6 Übernahmestationen, 20 Schrankregelanlagen und 12.382 Hausanschlüsse vorhanden. Aus zwei Ferngasleitungen führt die Stadtwerke das Erdgas über das eigene Mittel- und Niederdrucknetz ihren Kunden zu.

Die Stadtwerke werden wie bisher in Gemeinschaft mit der Verbandswasserwerk Langenfeld-Monheim GmbH & Co. KG („Verbandswasserwerk“) geführt. Das Personal, das für die Werke tätig ist, ist bei dem Verbandswasserwerk beschäftigt.

Personal- und andere Aufwendungen, die den Werken direkt zugerechnet werden können, werden diesen unmittelbar belastet. Für die Verrechnung der gemeinsamen Aufwendungen gilt ein Verteilungsschlüssel. Dieser wird aus der Länge des Rohrnetzes sowie der Anzahl der Hausanschlüsse und Kunden jährlich ermittelt. Hierbei sind die Zahlen des Vorjahres maßgeblich für das laufende Jahr. Der Schlüssel betrug 2019 42 % (Vorjahr: 42 %) zu Lasten der Stadtwerke.

Seit 2009 werden Anteile durch den Erwerb einer strategischen Beteiligung an der Thüga AG gehalten. Die Beteiligung wird indirekt über die KOM9 GmbH & Co. KG gehalten, eine Konsortialgesellschaft, an der eine Vielzahl von Stadtwerken Gesellschafter sind. Darüber hinaus werden Beteiligungen an der Gewerbepark Langenfeld West Verwaltungs GmbH und der Gewerbepark Langenfeld West GmbH & Co. KG gehalten, welche Eigentümer der Immobilie ist, die die Stadtwerke als Betriebs- und Verwaltungsgebäude nutzen.

Die Stadtentwicklungsgesellschaft Langenfeld mbH ist mit 60% am Stammkapital beteiligt. Weitere Gesellschafter sind mit einer Beteiligung von 20% des Stammkapitals die Thüga AG, München und mit einer Beteiligung von ebenfalls 20% die innogy SE, Essen. Mit der Stadtentwicklungsgesellschaft Langenfeld mbH besteht ein Ergebnisabführungsvertrag.

2. Wirtschaftsbericht

2.1 Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

2.1.1 Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Das Wachstum der deutschen Wirtschaft hat sich im Jahr 2019 erneut abgeschwächt. Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes stieg das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2019 nur noch um 0,6 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Die deutsche Wirtschaft ist damit das zehnte Jahr in Folge gewachsen. In jeweiligen Preisen gerechnet, war das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2019 mit 3.436 Milliarden Euro um 2,7 Prozent höher als im

Vorjahr. Das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 3,1 Prozent und betrug im Jahr 2019 durchschnittlich knapp 41.345 Euro.

Auf der Entstehungsseite des BIP war die wirtschaftliche Entwicklung 2019 zweigeteilt: Einerseits verzeichneten die Dienstleistungsbereiche und das Baugewerbe überwiegend kräftige Zuwächse. Andererseits ist die Wirtschaftsleistung des Produzierenden Gewerbes (ohne Baugewerbe) eingebrochen. Insgesamt stieg die preisbereinigte Bruttowertschöpfung im Jahr 2019 gegenüber dem Vorjahr lediglich um 0,6 Prozent. Den stärksten Zuwachs verzeichnete das Baugewerbe mit einem Plus von 4,0 Prozent. Überdurchschnittlich entwickelte sich auch der Dienstleistungssektor. Im Gegensatz dazu gab es in weiten Teilen der Industrie starke Rückgänge: Die Wirtschaftsleistung im Produzierenden Gewerbe ohne Bau, das gut ein Viertel der Gesamtwirtschaft ausmacht, ging um 3,6 Prozent zurück. Insbesondere die schwache Produktion in der Automobilindustrie trug zu diesem Rückgang bei.

Gestützt wurde das Wachstum im Jahr 2019 vor allem vom Konsum: Die privaten Konsumausgaben waren preisbereinigt um 1,6 Prozent höher als im Vorjahr, die Konsumausgaben des Staates stiegen um 2,5 Prozent. Die privaten und staatlichen Konsumausgaben wuchsen damit stärker als in den beiden Jahren zuvor (Private Konsumausgaben 2017 und 2018 jeweils +1,3 Prozent zum Vorjahr; Konsumausgaben des Staates 2017 +2,4 Prozent und 2018 +1,4 Prozent zum Vorjahr). Die privaten Konsumausgaben (in jeweiligen Preisen) lagen so im vergangenen Jahr bei rund 1.704 Milliarden Euro. (Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18 Reihe 1.1 ,2019)

2.1.2 Energiewirtschaftliche und -rechtliche Rahmenbedingungen

Der Primärenergieverbrauch in Deutschland betrug im Jahr 2019 insgesamt 12.832 Petajoule (PJ) oder 437,8 Millionen Steinkohleeinheiten (Mio. t SKE); gegenüber dem Vorjahr nahm der Verbrauch damit um 2,1 % ab.

Das Niveau des Energieverbrauchs sowie seine Zusammensetzung (Energimix) werden auch politisch und regulatorisch beeinflusst. Für die mittel- bis längerfristige Entwicklung bedeutsam sind der schrittweise Ausstieg aus der Kernenergie bis Ende 2022, die Beendigung des heimischen Steinkohlenbergbaus (Ende 2018), der geplante Ausstieg aus der Kohleverstromung (bis 2038) sowie die fortgesetzte Förderung des Ausbaus erneuerbarer Energien. Auf europäischer Ebene von Relevanz sind u.a. die Absenkung der Emissionsobergrenze in der laufenden 3. Handelsperiode 2013 bis 2020 innerhalb des EU-ETS sowie die Zielsetzungen für den Klimaschutz im Nicht-ETS-Bereich (Emissions Trading System), der Energieeffizienz sowie den Ausbau erneuerbarer Energien.

Wichtigster Energieträger blieb in Deutschland auch 2019 das Mineralöl mit einem Anteil von 35,3 %. Es folgte das Erdgas mit einem auf 24,9 % leicht gestiegenen Anteil (2018: 23,6 %). Ihre Position an dritter Stelle konnten die erneuerbaren Energien auf 14,8 % ausweiten, 2018 waren es noch 13,8 % gewesen. Der Primärenergieverbrauch an Stein- und Braunkohle ist 2019 um jeweils mehr als 20 % spürbar gesunken, so dass Braunkohle 2019 noch etwa 9,1 % und Steinkohle noch 8,8 % des Primärenergiebedarfs deckten. Der Beitrag der Kernenergie zum Primärenergieverbrauch ist 2019 gegenüber dem Vorjahr um 1,1 % zurückgegangen, so dass dieser Energieträger angesichts des noch kräftigeren Rückgangs des Gesamtverbrauchs seinen Anteil leicht auf 6,4 % steigern konnte. Der Überschuss bei den Stromflüssen in das Ausland hat sich 2019 weiter verringert. Infolgedessen wirkte sich der Stromaustauschsaldo auch im Jahr 2019 verbrauchsmindernd (um 0,9 Prozentpunkte) auf den Primärenergieverbrauch aus.

Primärenergieverbrauch 2018 und 2019 1

Energieträger	2018 Mio. t SKE	2019 Mio. t SKE	Veränderungen 2019 ggü. 2018	
			Mio. t SKE	%
Mineralöl	151,6	154,6	3,0	-2,0
Erdgas	105,4	108,9	3,4	-3,3
Steinkohle	48,7	38,7	-10,0	-20,5
Braunkohle	50,0	39,8	-10,1	-20,3

Kernenergie	28,3	28,0	-0,3	-1,1
Erneuerbare Energien	61,5	64,7	3,2	5,2
Stromaustauschsaldo	-6,0	-4,0	2,0	-0,0
Sonstige	7,6	7,2	-0,3	-4,5
Insgesamt	447,0	437,8	-9,2	-2,1

1). Quelle: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen e.V.

Erdgasverbrauch und Verwendung:

Der Erdgasverbrauch in Deutschland nahm 2019 nach vorläufigen Daten um gut 3 % auf 982 Mrd. kWh zu. Dieser Anstieg lässt sich durch mehrere Faktoren erklären. Insbesondere führte der gestiegene Einsatz von Erdgas zur Strom- und Wärmeerzeugung in den Kraftwerken und BHKW der Stromversorger zu einem deutlichen Verbrauchszuwachs. Auch die Witterung im ersten Halbjahr 2019, die zeitweise deutlich kühler als im Vorjahreszeitraum war, ließ den Absatz vor allem an die privaten Haushalte sowie an den Sektor Gewerbe, Handel, Dienstleistungen steigen. Ein stetiger Zubau an erdgasbeheizten Wohnungen verstärkte den Verbrauchszuwachs. Andererseits führte die konjunkturelle Abkühlung zu einem Rückgang der industriellen Nachfrage nach Erdgas, was den Verbrauchszuwachs insgesamt dämpfte.

Der Anteil des aus Erdgas erzeugten Stroms bezogen auf die gesamte Bruttostromerzeugung in Deutschland nahm um 2,1 Prozentpunkte auf 15,1 % zu. Die Entwicklungen, die zu diesem Ergebnis führten, waren jedoch sehr uneinheitlich. Die Stromversorger setzten in ihren Kraftwerken und BHKW deutlich mehr Erdgas ein. Die von der Industrie in ihren eigenen Kraftwerken zur gekoppelten Strom- und Wärmergewinnung eingesetzte Erdgasmenge nahm hingegen um gut 1 % ab.

Für die Wärmeerzeugung in den Heiz- und Heizkraftwerken der Energieversorger wurde gut 3 % mehr Erdgas eingesetzt. Nach ersten Abschätzungen stammten fast 47 % der 2019 in Deutschland erzeugten Fernwärme aus Erdgas.

Nachdem die vergleichsweise kühleren Temperaturen in den Monaten Januar, April und Mai zunächst zu einem höheren Erdgasverbrauch zur Beheizung von Wohn- und Geschäftsräumen führten, sank der Wärmebedarf aufgrund der warmen Temperaturen ab Juni. Der Temperatureffekt wurde durch die zeitweise viel zu trockene Witterung in Teilen Deutschlands verstärkt.

Als ein verbrauchssteigernder Aspekt ist der stete Zubau von Wohnungen zu benennen, die direkt oder indirekt (Fernwärme) mit Erdgas beheizt werden. Im Jahr 2019 wurden nach vorläufigen Zahlen Baugenehmigungen für ca. 295.000 neue Wohnungen (in neuen Wohngebäuden) erteilt. In 37,0 % davon wird eine Gasheizung für Wärme sorgen, 25,5 % erhalten einen Fernwärmeanschluss. Hinzu kommen neue Wohnungen in bestehenden Gebäuden sowie Bestandswohnungen, die von anderen Heizsystemen auf eine Erdgas- oder Fernwärmeheizung umgerüstet werden. Insgesamt waren zum Jahresende 2019 gut 20,9 Mio. Wohnungen oder 49,5 % des Wohnungsbestands mit einer Gasheizung ausgestattet.

Einsatz und Verwendung von Erdgas in den einzelnen Verbrauchssektoren entwickelten sich 2019 in der Zusammenfassung recht unterschiedlich:

- Der Zubau an direkt oder indirekt mit Erdgas beheizten Wohnungen, aber auch der Erdgaseinsatz in Nichtwohngebäuden sowie die Anfang 2019 kühlere Witterung sorgten für ein leichtes Absatzplus im Raumwärmemarkt. Der Erdgasverbrauch der privaten Haushalte, der Wohnungsgesellschaften sowie der Gewerbe- und Dienstleistungsunternehmen stieg voraussichtlich um 0,6 %.

- Die Erdgasnachfrage der Industrie zeigte sich aufgrund der eingetrübten Konjunktur bereits seit dem 3. Quartal 2018 rückläufig. Sowohl zur Erzeugung von Prozesswärme und Strom in industrieeigenen Kraftwerken als auch als Rohstoff in der chemischen Grundstoffindustrie wurde weniger Erdgas verbraucht als im Vorjahr. Insgesamt nahm der Verbrauch in der Industrie um 0,7 % ab.

- Der Einsatz von Erdgas in den Kraft- und Heizwerken der allgemeinen Versorgung nahm mit Beginn des zweiten Halbjahres 2019 deutlich zu. Das lag an den gesunkenen Spotmarktpreisen und dem deutlich höheren Preisniveau für CO₂ Zertifikate. Nachdem hier 2018 ein Rückgang zu verzeichnen war, führte eine Vielzahl von Faktoren 2019 zu einem erneuten Anstieg: preisliche Signale, Abschaltungen oder Überführungen von Kohlekraftwerken in die Sicherheitsbereitschaft, aber auch die steigende Anzahl von Fernwärmeanschlüssen. In Summe ergab sich ein deutliches Plus von 10,3 % beim Erdgaseinsatz in der Strom- und Wärmeversorgung (einschließlich Blockheizkraftwerke).

Der Anteil von Erdgas am gesamten Primärenergieverbrauch nahm verglichen mit 2018 um 1,3 Prozentpunkte auf 24,9 % im Jahr 2019 zu.

Die seit Jahren weiterhin stark rückläufige inländische Erdgasförderung betrug 2019 gut 59 Mrd. kWh. Sie deckte 6,0 % des inländischen Erdgasverbrauchs. 94,0 % des in Deutschland verbrauchten Erdgases wurden importiert.

Im Laufe des Jahres 2019 haben die Importpreise sichtbar nachgegeben. Im Jahresdurchschnitt lag der Grenzübergangspreis bei 1,62 ct/kWh. Das entspricht einem Rückgang von 16% gegenüber 2018. Gegen Ende des Jahres zeichnete sich jedoch wieder ein leichter Preisanstieg ab.

Die Entwicklung der Importpreise wirkt sich unterschiedlich auf die inländischen Abgabepreise aus. Infolge unterschiedlicher Beschaffungszeiträume für verschiedene Kundengruppen kommt es zu differenzierten Preisentwicklungen. Zudem fallen die relativen Preisänderungen bei Großverbrauchern aufgrund des insgesamt geringeren Preisniveaus höher aus. Parallel zu den Erdgasimportpreisen sank das Preisniveau für Erdgas an der Börse um 33 %, die Abgabepreise an Kraftwerke gingen um 10 % zurück. Für große industrielle Abnehmer (Jahresabgabe größer 500 GWh) reduzierten sich die Preise aufgrund der kurzfristigeren Beschaffung um 13 % gegenüber dem Vorjahr, für kleine industrielle Gasverbraucher (Abgabe 11,63 GWh/a) waren es 6 % weniger. Aufgrund frühzeitiger Beschaffung stiegen die Gaspreise für die Bereiche Gewerbe, Handel, Dienstleistungen sowie für Haushalte um rund 4 %.

Stromverbrauch

Der Stromverbrauch im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe ging nach ersten Abschätzungen 2019 konjunkturbedingt von 244,0 Mrd. kWh im Vorjahr um 4,1 % auf 234,0 Mrd. kWh zurück. Insbesondere die stromintensiven Industrien wiesen beinahe ganzjährig deutliche Produktionsrückgänge auf. Auch für den Sektor der privaten Haushalte zeigen erste Schätzungen einen Verbrauchsrückgang von 0,7 % auf knapp 126 Mrd. kWh im Vergleich zum Vorjahr. Für den Sektor Gewerbe, Handel, Dienstleistungen deuten erste Zahlen hingegen auf einen unveränderten Verbrauch hin (+0,1). Der Verbrauch im Verkehr lag ebenfalls über dem im Vorjahr.

Im Ergebnis errechnet sich ein Nettostromverbrauch in Deutschland im Jahr 2019 in Höhe von 512,0 TWh. Im Vorjahr lag der Nettostromverbrauch noch bei 525,6 TWh (dies entspricht einem Minus von 2,0 %).

Die Strompreise für Industriekunden nahmen vor allem bedingt durch den Anstieg der Kosten für Beschaffung, Vertrieb und Netznutzung um knapp 3 % zu, während Steuern, Abgaben und Umlagen 2019 nahezu unverändert blieben. Daher sank der Anteil der staatlichen Belastungen am Strompreis für Industriekunden 2019 leicht auf 44 % gegenüber noch 45 % im Jahr 2018 (ohne Stromsteuer).

Der Stromterminmarktpreis war im Jahresverlauf rückläufig, lag jedoch im Jahresmittel über den Preisen von 2018. Der durchschnittliche Preis 2019 für eine Jahreslieferung Base im Folgejahr (Phelix-Base-Year-Future) lag bei 47,82 Euro/MWh gegenüber 43,84 Euro/MWh im Vorjahr. Das Jahresband Peak (Phelix-Peak-Year-Future) wurde am Terminmarkt zum durchschnittlichen Preis von 57,67 Euro/MWh gehandelt und lag damit um 7 Prozent über dem Vorjahresniveau (2018: 53,95 Euro/MWh).

Die Strompreise für Haushalte stiegen 2019 um 3,6 %. Grund dafür waren die gestiegenen Beschaffungskosten am Großhandelsmarkt sowie der Anstieg der Netznutzungsentgelte. Steuern, Abgaben und Umlagen blieben 2019 unverändert. Ihr Anteil sank entsprechend 2019 auf 53 % gegenüber noch 54 % im Vorjahr. Diese Posten blieben aber weiterhin der größte Posten auf der Kundenrechnung. Im Jahr 2020 steigen die staatlichen Belastungen insbesondere aufgrund des Anstiegs der EEG-Umlage um 0,352 Cent/kWh an. (Quelle: BDEW, Entwicklung der Energieversorgung 2019)

Rechtliche Entwicklungen

Jeweils spätestens zum 15. Oktober eines Jahres legen die Übertragungsnetzbetreiber die Höhe der EEG-Umlage auf Basis wissenschaftlicher Gutachten für das Folgejahr fest. 2020 wird die EEG-Umlage leicht steigen, nachdem sie zwei Jahre in Folge gesunken ist. Die Umlage zur Förderung des Ökostroms beträgt ab 1. Januar 2020 6,756 Cent je Kilowattstunde. Das ist ein Anstieg um 5,5% im Vergleich zum Vorjahr. Mit Mitteln aus dem Bundeshaushalt soll die EEG-Umlage im Jahr 2021 auf 6,5 Cent und im Jahr 2022 auf 6 Cent abgesenkt werden. Den Finanzbedarf schätzt der Koalitionsausschuss auf elf Milliarden Euro.

Das Marktdatenstammregister hat im Januar 2019 seinen vollständigen Betrieb aufgenommen und veröffentlicht in einem Webportal Stromerzeugungsanlagen (Solaranlagen, KWK Anlagen, Batteriespeicher etc.).

Die Umsetzung der Informationen zu den Aufzeichnungspflichten nach § 79 Abs. 2 EnergieStV und § 4 Abs. 2 StromStV zur ordnungsmäßigen Führung und Aufbewahrung von Büchern, Aufzeichnungen und Unterlagen in elektronischer Form sowie zum Datenzugriff (GoBD) wurde in 2019 durch einen Dritten umgesetzt und durch die Stadtwerke eingeführt.

Das Ende 2019 verabschiedete Klimapaket der Bundesregierung, das Klimaziele für 2030 festlegt, wird durch die CO₂ Bepreisung bzw. Einführung eines Zertifikatenhandels für den Verkehr und Wärmemarkt weitere preisliche Belastungen erzeugen. Inwieweit die regulatorischen Vorgaben, finanzielle Anreize oder soziale Ausgleichsmaßnahmen dagegen steuern, bleibt abzuwarten.

Der Bundesgerichtshof hat die OLG Düsseldorf Entscheidung zur Festlegung der kalkulatorischen Eigenkapitalverzinsung aus 2018 aufgehoben. Die ursprüngliche Festlegung der BNetzA ist somit gültig für die 3. Regulierungsperiode. Die Entscheidung zum generellen sektoralen Produktivitätsfaktor der BNetzA hatte das OLG Düsseldorf 2019 aufgehoben. Jedoch hatte die BNetzA Rechtsbeschwerde eingelegt, so dass diese Entscheidung noch nicht rechtskräftig ist.

2.2. Geschäftsverlauf und wirtschaftliche Lage

Im abgelaufenen Geschäftsjahr 2019 wurde der weitere Ausbau des Glasfasernetzes durch Investitionen (T€ 3.238) vorangetrieben. Die Erlöse im Breitbandbereich haben sich gegenüber dem Vorjahr um T€ 540 auf T€ 2.334 gesteigert.

Die Gasverkaufserlöse haben sich durch die Preiserhöhungen 12/2018 und 9/2019 um T€ 956 verbessert. Die Gasabsatzmenge lag mit 331 GWh auf dem Vorjahresniveau.

Das Angebot des Ökostroms hat sich im Jahr 2019 weiterhin positiv entwickelt. Die Anzahl der Stromkunden hat sich auf 8.701 erhöht. Die Stromabgabemenge im Geschäftsjahr 2019 liegt mit 44,4 GWh auf dem Vorjahresniveau (45 GWh). Die Stromverkaufserlöse sind infolge vorgenommener Preiserhöhungen zum 1.4.2019 gegenüber dem Vorjahr um T€ 316 auf T€ 8.958 angestiegen.

Entsprechend den Regelungen im Ergebnisabführungsvertrag wird das Jahresergebnis in Höhe von T€ 1.343 an die Stadtentwicklungsgesellschaft Langenfeld mbH abgeführt.

Ergebnisentwicklung

Der Rohertrag hat sich gegenüber dem Vorjahr um T€ 81 auf T€ 10.590 verbessert, da die Umsatzerlöse mit T€ 2.933 gegenüber dem Vorjahr höher angestiegen sind als der Materialaufwand (T€ 2.764) bei einer Abnahme der übrigen betrieblichen Erträge (T€ 88) (inklusive aktivierte Eigenleistungen). Infolge der Zunahme des Personalaufwands (T€ 148), der Abschreibungen (T€ 204) und der sonstigen betrieblichen Aufwendungen (T€ 59) ergibt sich ein Betriebsergebnis von T€ 1.533 (Vorjahr: T€ 1.863). Unter Berücksichtigung des um T€ 135 verschlechterten Finanzergebnisses ist ein um T€ 464 rückläufiges Jahresergebnis vor Gewinnabführung von T€ 1.343 erzielt worden.

Investitionsmaßnahmen

Die Investitionen belaufen sich auf T€ 4.547. Hierbei entfallen T€ 179 auf Software und T€ 4.368 auf das Sachanlagevermögen.

Finanzierungsmaßnahmen

Die Gesellschaft hat im Berichtsjahr bestehende langfristige Kredite planmäßig getilgt. Darüber

hinaus haben die Stadtwerke kurzfristige Kredite aufgenommen und planmäßig getilgt. Neukredite wurden mit einem Volumen von € 7,3 Mio. aufgenommen. Eine Kreditaufnahme in Höhe von T€ 1.835 ist zweckgebunden und dient der Umschuldung eines Darlehens in selbiger Höhe in 2020.

Maßnahmen im Personalbereich

Das gesamte Personal ist beim Verbandswasserwerk angestellt, jedoch verpflichtet, auch für die Stadtwerke tätig zu sein. Deshalb werden den Stadtwerken anteilige Personalkosten weiterberechnet. Die Gehälter der Mitarbeiter, die für die Stadtwerke und das Verbandswasserwerk tätig sind, werden nach dem allgemeinen Kostenverteilungsschlüssel verteilt, der im Berichtsjahr 42 % (Vorjahr: 42 %) zu Lasten der Stadtwerke betrug. Bei den Löhnen erfolgt die Verteilung nach den Stundenaufschreibungen.

2.3 Lage des Unternehmens

2.3.1. Vermögenslage

In der folgenden Übersicht zur Vermögenslage wurden die bis zum 31. Dezember 2002 erhaltenen Baukostenzuschüsse rechnerisch vom Anlagevermögen abgezogen, da die Baukostenzuschüsse, welche der Gesellschaft ab dem 1. Januar 2003 zufließen, aktivisch von den Anlagenzugängen abgesetzt werden.

Die Vermögenslage stellt sich wie folgt dar:

	31.12.2019	31.12.2018
	T€	T€
A K T I V A		
Anlagevermögen abzgl. Baukostenzuschüsse	41.434	39.168
Umlaufvermögen	8.311	6.593
Bereinigte Bilanzsumme	49.745	45.761
P A S S I V A		
Eigenkapital	9.851	9.851
Rückstellungen	1.791	1.391
Verbindlichkeiten	38.103	34.519
Bereinigte Bilanzsumme	49.745	45.761

Die bereinigte Bilanzsumme hat sich gegenüber dem Vorjahr um T€ 3.984 auf T€ 49.745 erhöht. Hierbei hat sich das Anlagevermögen unter Berücksichtigung der anteiligen Auflösung der vor 2003 empfangenen Ertragszuschüsse (T€ 47) im Berichtsjahr um T€ 2.266 erhöht, da den Investitionen in Höhe von T€ 4.547 lediglich Abschreibungen von T€ 2.229 und Abgänge zu Restbuchwerten von T€ 99 gegenüberstehen.

Das Umlaufvermögen hat sich im Berichtsjahr um T€ 1.718 auf T€ 8.311 erhöht. Dies beruht auf der Zunahme der Vorräte (T€ 150), der Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände (T€ 351) und der Zunahme der liquiden Mittel um T€ 1.217. Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, die hauptsächlich die Jahresverbrauchsabrechnung 2019 betreffen, haben sich gegenüber 2018 um T€ 186 auf T€ 4.378 erhöht. Die übrigen Forderungen (T€ 1.151) resultieren im Wesentlichen aus Steuererstattungsansprüchen.

Das Eigenkapital beläuft sich unverändert auf T€ 9.851. Danach beträgt die Eigenkapitalquote zum Bilanzstichtag 19,8 % nach 21,5 % im Vorjahr. Das abzuführende Jahresergebnis wird unter den Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern ausgewiesen.

Die Rückstellungen haben sich gegenüber dem Vorjahr um rd. T€ 400 auf T€ 1.791 erhöht. Insbesondere haben die Rückstellungen für Prozesskosten, Instandhaltungen und Personalverpflichtungen zugenommen.

Die Verbindlichkeiten haben sich vor allem durch höhere Bank- und Darlehensverbindlichkeiten inklusive Zinsen um T€ 3.584 auf T€ 38.103 erhöht. Ein- und Auszahlungen von umgeschuldeten Krediten haben sich überschritten (T€ 1.835) und die Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt Langenfeld haben zugenommen.

2.3.2. Finanzlage

Dem lang- und mittelfristigen Vermögen stehen im Jahr 2019 77,5 % (Vorjahr 73,3 %) Eigenkapital sowie lang- und mittelfristiges Fremdkapital gegenüber. Der Anteil des Eigenkapitals an der bereinigten Bilanzsumme beträgt im Jahr 2019 19,8 % (Vorjahr 21,5 %). Der Anlagendeckungsgrad 2 als Verhältnis des langfristigen Fremdkapitals und des Eigenkapitals zum langfristig gebundenen Vermögen beträgt 93 % und ist damit um 7 % gegenüber dem Vorjahr angestiegen.

Der Finanzmittelfonds hat sich gegenüber dem Vorjahr um T€ 4.620 verbessert und stellt sich wie folgt dar:

	2019	2018
	T€	T€
Cash-Flow aus laufender Geschäftstätigkeit	3.753	2.483
Cash-Flow aus der Investitionstätigkeit	-4.081	-5.875
Cash-Flow aus der Finanzierungstätigkeit	4.948	4.983
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	4.620	1.591
Finanzmittelfonds am 1.1.	-3.402	-4.993
Finanzmittelfonds am 31.12.	1.218	-3.402

Der Finanzmittelfonds beinhaltet den Kassenbestand und die Guthaben bei Kreditinstituten von T€ 2.319 (Vorjahr T€ 1.102) abzüglich der kurzfristig fälligen Kredite von T€ 1.101 (Vorjahr T€ 4.504).

Der Cash-Flow aus laufender Geschäftstätigkeit hat sich gegenüber dem Vorjahr um T€ 1.270 verbessert. Bedeutende Einflussgrößen sind hierbei das abzuführende Jahresergebnis, die höheren Abschreibungen durch die Investitionstätigkeit, der Anstieg von Verbindlichkeiten und Rückstellungen.

Der negative Cash-Flow aus der Investitionstätigkeit hat sich gegenüber dem Vorjahr um T€ 1.794 verringert, da im Berichtsjahr rückläufige Investitionen in das Anlagevermögen in Höhe von T€ 4.652 (Vorjahr T€ 6.507) durchgeführt wurden. Darüber hinaus wurden geringere Einzahlungen aus Gewinnausschüttungen von T€ 563 (Vorjahr T€ 618) erzielt.

Der Cash-Flow aus der Finanzierungstätigkeit hat sich um T€ 35 gegenüber dem Vorjahr unwesentlich auf T€ 4.948 verschlechtert. Er enthält die Aufnahme und Tilgung von langfristigen Darlehen (T€ 6.712), Einzahlungen aus Baukostenzuschüssen (T€ 105), Darlehenszinsen (T€ -662) und die Ausschüttung an die Gesellschafterin (T€ -1.207).

Die Fremdmittelaufnahme erfolgt durch Aufnahme lang- und kurzfristiger Darlehen von Banken (2019: T€ 5.685) und der Stadt Langenfeld (2019: T€ 2.750). Die mittel- und langfristigen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sowie der Stadt belaufen sich zum Bilanzstichtag auf T€ 14.210 (Vorjahr: T€ 9.600) und die kurzfristigen Kreditverbindlichkeiten auf T€ 4.057 (Vorjahr: T€ 5.283). Die Anleihen belaufen sich unverändert auf T€ 13.156.

Die vorhandenen liquiden Mittel und zugesagten Kreditlinien von Banken stellen sicher, dass der Finanzmittelbedarf jederzeit gedeckt werden kann.

2.3.3. Ertragslage

Die Ertragslage setzt hat sich wie folgt entwickelt:

	2019	2018
	T€	T€
Umsatzerlöse	31.510	28.577
Andere aktivierte Eigenleistungen	168	183
Sonstige betriebliche Erträge	301	374
Materialaufwand	-21.389	-18.625
Personalaufwand	-3.100	-2.952
Abschreibungen	-2.229	-2.025
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-3.728	-3.669
Finanzergebnis	-103	32
Ertragsteuern	-87	-88
Jahresergebnis vor Ergebnisverwendung	1.343	1.807

Die Umsatzerlöse teilen sich im Berichtsjahr wie folgt auf:

	2019	2018
	T€	T€
Erlöse Erdgasvertrieb/-Netz	19.645	17.287
Erlöse Strom	8.958	8.642
Erlöse Breitband	2.334	1.794
Sonstige Erlöse	573	854
	31.510	28.577

Die um T€ 2.933 gestiegenen Umsatzerlöse resultieren mit T€ 316 aus den höheren Stromverkaufserlösen infolge der zum zweiten Quartal 2019 vorgenommenen Preiserhöhung sowie mit T€ 540 aus der Zunahme der Breitbänderlöse durch einen Zuwachs an Kunden. Die Gasverkaufserlöse sind um T€ 2.358 gestiegen, hierbei entfallen T€ 1.577 auf Mehr- und Mindermengen Abrechnungen, die sich im Materialaufwand auch als Gegenposition widerspiegeln.

Der um T€ 2.764 gestiegene Materialaufwand resultiert im Wesentlichen aus den gestiegenen Strombezugskosten, Mehr – und Mindermengen Abrechnungen, der Zunahme der Unterhaltungsaufwendungen und dem Anstieg der bezogenen Leistungen für das Breitbandangebot.

Der Personalaufwand in Höhe von T€ 3.100 ist gegenüber dem Vorjahr um T€ 148 gestiegen. Hierbei resultieren T€ 69 aus den Änderungen der Rückstellungen. Die Tarifierhöhung zum 1.4.2019 um 3,09% und Änderungen im Personalbereich sind ebenfalls verantwortlich für den Anstieg.

3. Bericht über die zukünftige Entwicklung sowie die wesentlichen Chancen und Risiken des Unternehmens

3.1. Risiko- und Chancenbericht Risikomanagementsystem

Die Stadtwerke haben ein Risikomanagementsystem installiert, um bestandsgefährdende und

für die wirtschaftliche Lage wesentliche Risiken zu erkennen und effektiv zu steuern. Es kommt das in der Versorgungswirtschaft softwarebasierte Risikomanagementsystem „Ready4Risk“ zur frühzeitigen Identifikation, Analyse und Steuerung von Risiken zum Einsatz. Der zentrale Risikocontroller überwacht das Gesamtsystem und die dezentralen Risikobeauftragten übernehmen die Funktion von Ansprechpartnern in den einzelnen Abteilungen. Grundsätzlich wird als Risiko die Abweichung vom Wirtschaftsplan verstanden, sowie solche Risiken, die einen negativen Einfluss auf die Versorgungssicherheit haben. Im abgelaufenen Geschäftsjahr haben keine den Fortbestand gefährdende Risiken bestanden und sind derzeit nicht erkennbar.

Risiken

Die Covid-19-Pandemie stellt die Organisation der Stadtwerke in 2020 vor neue Herausforderungen. Das Personal wurde auf die strikte Einhaltung von Hygienemaßnahmen und Mindestabständen hingewiesen. Der Kundenservice wurde für den Kundenverkehr zwischenzeitlich geschlossen und steht unseren Kunden weiterhin per Telefon und Email zur Verfügung. Zwischenzeitlich sind persönliche Beratungstermine nach Vereinbarung wieder möglich. In der Verwaltung ist ein Teil des Personals zeitweise im Homeoffice. Das technische Personal wurde in feste Zweier-Teams eingeteilt, die konsequent ihren Dienst nur in dieser Kombination versehen. Durch das Zahlungsmoratorium der Bundesregierung gab es kaum Anfragen der Kunden zur Stundung der Abschläge, so dass nur mit geringen Auswirkungen zu rechnen ist.

Die unternehmerischen Tätigkeiten der Stadtwerke sind mit rechtlichen Risiken aus den Vertragsbeziehungen zu Kunden und sonstigen Geschäftspartnern verbunden. Zudem können Behörden und Gerichte in die Preisgestaltung eingreifen. Die Vorgaben des Energiewirtschaftsgesetzes und zugehöriger Verordnungen sowie die Aktivitäten der Regulierungsbehörden im Zusammenhang mit dem Betrieb von Versorgungsnetzen inklusive der Netznutzungsentgelte können sich finanziell negativ auswirken.

Risiken im Gasvertrieb resultieren vor allem aus dem Markt- und Konkurrenzdruck und einer differenzierten Preispolitik, insbesondere bei großen Sondervertragskunden. Auch im Privatkundensegment nimmt die Preissensibilität und damit Wechselbereitschaft zu. Darüber hinaus bestehen Risiken des Umsatzausfalls aufgrund der Witterungsverhältnisse.

Die Bürgeranleihen zur Finanzierung des Breitbandausbaues mit einem Volumen von T€ 13.156, müssen bis Ende 2025 bzw. 2028 zurückgezahlt werden. Die Anleihegläubiger verfügen allerdings über ein 3-monatiges Kündigungsrecht, das erstmals zum 1. Dezember 2017 bzw. zum 5. Oktober 2020 ausgeübt werden kann und dann jeweils jährlich zum Zinsstichtag. Dadurch besteht das Risiko, sofern das Zinsniveau wieder ansteigen sollte, dass bereits vor dem Jahr 2025 bzw. 2028 Rückzahlungen vorzunehmen sind. Hierbei könnten die Stadtwerke auf eine Refinanzierung angewiesen sein.

L-feld Mobil, das Carsharing Geschäftsfeld, wurde aufgrund der geringen Nachfrage und der missbräuchlichen Verwendung eingestellt.

Der Cyberangriff auf die Stadtwerke hat den kaufm. Geschäftsbetrieb kurzfristig gehindert. Die Versorgung mit Gas oder Breitband war zu keiner Zeit hiervon betroffen. Daher haben wir die interne IT-Sicherheitsstrategie neu ausgerichtet um gegen solche Bedrohungen noch besser vorbereitet zu sein. Hierzu zählt neben dem technischen Ausbau auch die Sensibilisierung der Mitarbeiter durch Schulungen.

Chancen

Chancen ergeben sich für die Stadtwerke durch die Entwicklung neuer Angebote und Produkte im Bereich Energieversorgung und Kommunikationsdienstleistungen.

Bereits seit acht Jahren beliefert die Gesellschaft ihre Kunden mit dem umweltfreundlichen Produkt swL-Öko-Strom. Die bisherige Bilanz fällt positiv aus, denn immer mehr Kunden entscheiden sich für den swL-Öko-Strom. Es sind nicht nur Privatkunden, die sich mit dem umweltfreundlichen Strom beliefern lassen. Auch Gewerbetreibende in Langenfeld haben erkannt, welche Vorteile sich durch eine Kooperation mit den Stadtwerken ergeben und sind bereits Kunde. Insgesamt wurden im abgelaufenen Geschäftsjahr rd. 8.701 Kunden versorgt, wobei sich der kontinuierliche Anstieg im nächsten Jahr voraussichtlich fortsetzen wird.

Im Bereich Vertrieb Gas soll durch ein Angebot von klimaneutralem Erdgas das Angebot von ökologischen Produkten erweitert werden.

Als regionaler Energieversorger ist es den Stadtwerken besonders wichtig, im Sinne des Klimaschutzes zu agieren.

Das Verdichten des Glasfasernetzes stand auch im Geschäftsjahr 2019 weiterhin im Mittelpunkt. Insbesondere unsere synchronen Breitbandangebote unterscheiden uns von der Konkurrenz. Die

Nachfrage nach großen Bandbreiten für Upload und Download nimmt weiter zu, insbesondere bei den Gewerbekunden. Allerdings ist die Bereitschaft der Kunden, für die höhere Leistungsfähigkeit der Breitbandanschlüsse auch spürbar höhere Preise zu zahlen, nach wie vor eher gering.

Prognosebericht

Nach aktuellem Kenntnisstand wird nicht davon ausgegangen, dass sich die derzeitige Coronakrise bedeutend negativ auf das Jahresergebnis 2020 auswirkt.

Das Planergebnis nach Steuern 2020 beläuft sich auf T€ 2.001 und liegt über dem Ergebnis 2019. Der Gesamtumsatz wird im Wesentlichen durch das Energiegeschäft (T€ 27.881) und Breitband (T€ 2.594) verursacht. Der Materialaufwand (T€ 20.046), die Personalkosten (T€ 3.279), die Abschreibungen (T€ 2.412) und die sonstigen betrieblichen Aufwendungen (T€ 2.808) führen zu einem Betriebsergebnis in Höhe von T€ 2.157.

Im Finanzplan 2020 sind für Investitionen Mittel von insgesamt € 2,4 Mio. vorgesehen, zu deren Finanzierung Fremdmittel in Höhe von € 1,0 Mio. erforderlich sind. Es werden hauptsächlich die Verteilungsanlagen, insbesondere das Rohrnetz und Hausanschlüsse sowie das Breitbandnetz weiter ausgebaut.

Das Planergebnis 2019 nach Steuern in Höhe von T€ 2.473 wurde nicht erreicht. Die Gesamtleistung fällt um T€ 1.772 höher aus. Die Materialaufwendungen und der sonstige betriebliche Aufwand belasten das Ergebnis in Höhe von 3,0 Mio. EUR stärker als geplant. Gegenüber dem Planansatz haben insbesondere die Bezugskosten für Erdgas, Beratungskosten und Werbeaufwendungen zu dieser Abweichung geführt.

4. Öffentliche Zwecksetzung bzw. -erreicherung gemäß § 108 Abs. 3 Nr. 2 GO NRW

Gemäß den Vorschriften des § 108 Abs. 3 Nr. 2 GO NRW ist festzustellen, dass die Stadtwerke den satzungsmäßigen Aufgaben nachgekommen ist und die Vorschriften hinsichtlich der Berichterstattung beachtet wurden. Für die Kunden der Stadtwerke wurde auch im Geschäftsjahr 2019 wieder die Versorgungssicherheit gewährleistet und die Energieversorgung wirtschaftlich und ökologisch sinnvoll durchgeführt.

5. Angaben zu Tätigkeitsbereichen gemäß § 6b Abs. 7 S. 4 EnWG

Die Tätigkeiten der Gesellschaft umfassen die Gasverteilung, andere Tätigkeiten innerhalb des Gas- und Elektrizitätssektors sowie Tätigkeiten außerhalb des Elektrizitäts- und Gassektors. Es wird auf die Erläuterungen im Anhang zu diesem Tätigkeitsabschluss verwiesen.

Langenfeld, den 3. Juli 2020

gez. Dipl. - Ing. Udo Jürkenbeck
Geschäftsführer

Bilanz

Aktiva

	31.12.2019	31.12.2018
	EUR	EUR
A. Anlagevermögen	41.488.652,14	39.271.084,38
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	390.760,00	279.306,00
II. Sachanlagen	34.585.559,17	32.479.445,41
III. Finanzanlagen	6.512.332,97	6.512.332,97
B. Umlaufvermögen	8.310.787,54	6.529.590,12
I. Vorräte	462.310,54	312.085,33
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	5.529.786,44	5.115.960,23
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	2.318.690,56	1.101.544,56

C. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	62.500,00
Bilanzsumme, Summe Aktiva	49.799.439,68	45.863.174,50

Passiva

	31.12.2019	31.12.2018
	EUR	EUR
A. Eigenkapital	9.851.415,33	9.851.415,33
I. Stammkapital	3.070.000,00	3.070.000,00
II. Kapitalrücklage	1.696.415,33	1.696.415,33
III. Gewinnrücklagen	5.085.000,00	5.085.000,00
B. Empfangene Baukostenzuschüsse	54.695,00	102.228,00
C. Rückstellungen	1.790.211,00	1.391.394,00
D. Verbindlichkeiten	38.103.118,35	34.518.137,17
Bilanzsumme, Summe Passiva	49.799.439,68	45.863.174,50

Gewinn- und Verlustrechnung

	1.1.2019 -	1.1.2018 -
	31.12.2019	31.12.2018
	EUR	EUR
1. Rohergebnis	10.590.094,83	10.509.328,46
2. Personalaufwand	3.100.446,62	2.951.995,09
a) Löhne und Gehälter	2.425.565,00	2.324.166,75
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	674.881,62	627.828,34
davon für Altersversorgung	203.059,64	206.693,48
3. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	2.229.081,90	2.025.453,96
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen	3.728.360,73	3.668.711,69
5. Erträge aus Beteiligungen	565.417,75	618.450,74
6. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2.678,28	11.072,64
davon aus der Abzinsung von Rückstellungen	570,00	8.460,00
7. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	670.979,67	597.621,73
davon aus der Aufzinsung von Rückstellungen	9.372,00	217.878,67
8. Steuern vom Einkommen und Ertrag	86.667,73	88.397,47
9. Ergebnis nach Steuern	1.342.654,21	1.806.671,90
10. Aufgrund eines Ergebnisabführungsvertrages abgeführter Gewinn	1.342.654,21	1.206.671,90
11. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	0,00	600.000,00

Ergebnisverwendung

	1.1.2019 -	1.1.2018 -
	31.12.2019	31.12.2018
	EUR	EUR
11. Jahresüberschuss	0,00	600.000,00

12. Einstellungen in Gewinnrücklagen	0,00	600.000,00
13. Bilanzgewinn	0,00	0,00

Anhang

1. Allgemeine Angaben zum Jahresabschluss

Die Stadtwerke Langenfeld GmbH (Stadtwerke) hat ihren Sitz in Langenfeld. Sie wird unter der Handelsregisternummer B 46353 beim Amtsgericht Düsseldorf geführt.

Der Jahresabschluss der Stadtwerke zum 31. Dezember 2019 ist nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches und des GmbH-Gesetzes aufgestellt. Die Gesellschaft ist eine mittelgroße Kapitalgesellschaft im Sinne von § 267 Abs. 2 und 4 HGB. Sie hat auf der Grundlage des Gesellschaftsvertrages den Jahresabschluss nach den für große Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften aufgestellt.

Die Gliederung der Gewinn- und Verlustrechnung erfolgte nach dem Gesamtkostenverfahren.

2. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die erworbenen immateriellen Vermögensgegenstände sind zu Anschaffungskosten vermindert um planmäßige Abschreibungen entsprechend der voraussichtlichen Nutzungsdauer bilanziert. Die Nutzungsdauer beläuft sich für Software auf 3 bis 5 Jahre sowie bei den Patenten auf 10 Jahre.

Das Sachanlagevermögen wird zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, angesetzt. In die Herstellungskosten sind eigene Leistungen einbezogen.

Die Abschreibungssätze werden in Anlehnung an die steuerrechtliche AfA-Tabelle Energie- und Wasserversorgung (Bundessteuerblatt 1995 I. S. 144 ff.) ermittelt, wenn nicht betriebsindividuelle Nutzungsdauern zur Anwendung kommen.

Die Nutzungsdauer beläuft sich für die einzelnen Sachanlagen wie folgt:

	Nutzungsdauer
Betriebsgebäude und Wege	19 bis 50 Jahre
Bezugsanlagen	5 bis 40 Jahre
Erdgastankstellen	14 bis 20 Jahre
Gasleitungsnetz	20 bis 25 Jahre
Hausanschlüsse	20 Jahre
Gaszähler und Hausdruckregler	5 bis 15 Jahre
Glasfasernetz	20 bis 40 Jahre
DSLAM	10 Jahre
Photovoltaikanlagen	16 bis 20 Jahre
Heizzentralen und Eisspeicher	15 bis 16 Jahre
Übrige Verteilungsanlagen	10 bis 20 Jahre
Betriebs- und Geschäftsausstattung	3 bis 15 Jahre

Geringwertige Vermögensgegenstände mit einem Wert von € 250 bis € 1.000 werden einem Sammelposten zugeführt und über 5 Jahre linear abgeschrieben.

Die Finanzanlagen sind zu Anschaffungskosten bewertet. Bei einer nur vorübergehenden Wertminderung wird gemäß § 253 Abs. 3 Satz 6 HGB keine außerplanmäßige Abschreibung vorgenommen.

Die Bewertung der Vorräte erfolgte zu fortgeschriebenen durchschnittlichen Anschaffungskosten.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sind zum Nennbetrag angesetzt. Forderungen aus der Jahresverbrauchsabrechnung wurden auf den Bilanzstichtag abgegrenzt. Erkennbare Einzelrisiken sind durch Wertberichtigungen berücksichtigt.

Der Kassenbestand und die Guthaben bei Kreditinstituten sind zum Nennbetrag angesetzt. Der Bestand der empfangenen Baukostenzuschüsse bis Ende 2002 wurde planmäßig mit 5,0 % der Ursprungsbeträge zugunsten der Umsatzerlöse aufgelöst. Die Zugänge der Folgejahre wurden aktivisch bei den entsprechenden Investitionen abgesetzt.

Die Rückstellungen berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen und sind mit den nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbeträgen angesetzt. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden zum entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre abgezinst, wie er von der deutschen Bundesbank ermittelt und bekannt gegeben worden ist.

Die Pensionsrückstellungen sind gemäß § 253 Abs. 2 HGB auf der Grundlage versicherungsmathematischer Berechnungen nach der sog. Projected-Unit-Credit-Methode (PUC-Methode) unter Zugrundelegung eines zehnjährigen durchschnittlichen Rechnungszinsfußes von 2,71 % p.a. und zukünftige Rentenanpassungen von 2 % p.a. angesetzt. Als biometrische Rechnungsgrundlagen wurden die Richttafeln 2018 G von Heubeck verwendet. Gegenüber versicherungsmathematischer Berechnungen unter Zugrundelegung eines siebenjährigen durchschnittlichen Rechnungszinsfußes von 1,97 % p.a. gemäß § 253 Abs. 6 HGB ergibt sich ein Unterschiedsbetrag in Höhe von T€ 18,5.

Die Verbindlichkeiten sind mit ihrem Erfüllungsbetrag angesetzt.

Es bestehen zwischen den handelsrechtlichen und steuerrechtlichen Wertansätzen bei den Beteiligungen, den Pensions- und sonstigen Rückstellungen Differenzen, die insgesamt zu einer Steuerbelastung führen. Da die Stadtwerke Langenfeld Organgesellschaft des Organträgers, der Stadtentwicklungsgesellschaft Langenfeld sind, werden die latenten Steuern dem Organträger zugeordnet.

3. Angaben zur Bilanz

Die Entwicklung der einzelnen Posten des Anlagevermögens ist in dem beigefügten Anlagenspiegel dargestellt.

Die Beteiligungen betreffen unter anderem folgende Kommandit- und Geschäftsanteile:

	Kapital Eigenkapital Ergebnis		
		31.12.2019	2019
	%	T€	T€
Gewerbepark Langenfeld West GmbH & Co. KG, Langenfeld	50,0	1.052	174
Gewerbepark Langenfeld West Verwaltungs GmbH, Langenfeld	50,0	24	-1

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände haben wie im Vorjahr eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr.

In den Forderungen gegen Beteiligungsunternehmen sind sonstige Vermögensgegenstände aus Ausschüttungen von Gewinnanteilen und kurzfristigen Darlehen inklusive Zinsen von insgesamt T€ 2 (Vorjahr: T€ 135) enthalten. Im Berichtsjahr wurden die kurzfristigen Darlehen vollständig zurückgeführt (T€ 135).

Entwicklung Eigenkapital

	01.01.2019		Einstellungen		Entnahmen		31.12.2019	
	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	
I. Gezeichnetes Kapital	3.070		0		0		3.070	

II. Kapitalrücklage	1.696	0	0	1.696
III. Gewinnrücklagen	5.085	0	0	5.085
	9.851	0	0	9.851

Die Restlaufzeiten der Verbindlichkeiten mit den Vorjahreswerten in Klammern stellen sich wie folgt dar:

	mit einer Restlaufzeit			Gesamt 31.12.2019 T€	Gesamt 31.12.2018 T€
	bis zu 1 Jahr	>1 Jahr	davon > 5 Jahre		
	T€	T€	T€		
1. Anleihen	52 (52)	13.156 (13.156)	13.156 (13.156)	13.208	13.208
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3.630 (5.126)	8.266 (6.211)	5.473 (3.651)	11.896	11.337
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	3.094 (2.589)	0 (0)	0 (0)	3.094	2.589
4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	431 (42)	0 (0)	0 (0)	431	42
5. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	1.342 (1.206)	0 (0)	0 (0)	1.342	1.206
6. Sonstige Verbindlichkeiten	2.187 (2.747)	5.945 (3.389)	4.725 (2.731)	8.132	6.136
	10.736	27.367	23.354	38.103	34.518

Verbindlichkeiten, die durch Pfandrechte oder ähnliche Rechte besichert sind, bestehen zum Bilanzstichtag nicht.

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen resultieren mit T€ 431 aus dem Liefer- und Leistungsverkehr mit der Verbandswasserwerk Langenfeld-Monheim GmbH & Co. KG (Vorjahr: T€ 42).

Die Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern beruhen mit T€ 1.342 auf dem abzuführenden Jahresergebnis an die Stadtentwicklungsgesellschaft Langenfeld mbH (Vorjahr: T€ 1.206).

4. Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die Aufgliederung der Umsatzerlöse nach Tätigkeitsbereichen setzt sich wie folgt zusammen:

	2019	2018
	T€	T€
Erlöse aus Erdgasvertrieb/-Netz	19.645	17.287 1
Erlöse aus Stromverkauf	8.958	8.642
Erlöse aus Breitband	2.334	1.794
Sonstige Erlöse	573	854 1
	31.510	28.577

1 Vorjahreszahl aus Vergleichsgründen angepasst

5. Sonstige Angaben

Beschäftigte Arbeitnehmer

Das gesamte Personal ist bei der Verbandswasserwerk Langenfeld-Monheim GmbH & Co. KG angestellt, jedoch verpflichtet, auch für die Stadtwerke Langenfeld GmbH tätig zu sein. Deshalb werden die anteilig auf die Stadtwerke entfallenden Personalaufwendungen weiterberechnet. Um einen besseren Einblick in die Ertragslage zu ermöglichen, werden entsprechend der wirtschaftlichen Betrachtungsweise die weiterberechneten Aufwendungen in der Gewinn- und Verlustrechnung als Personalaufwendungen ausgewiesen.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Aus bestehenden Mietverträgen über gewerblich genutzte Räume resultieren sonstige finanzielle Verpflichtungen in Höhe von jährlich T€ 418 zzgl. Nebenkosten.

Der Gasbezug erfolgt von der Uniper Energy Sales GmbH, Syneco Trading GmbH und VERBIO Vereinigte BioEnergie AG. Der Strombezug erfolgt von der Syneco Trading GmbH.

Organe der Gesellschaft

Die Stadtwerke haben folgende Organe:

- Aufsichtsrat
- Gesellschafterversammlung
- Geschäftsführung

Aufsichtsrat

Dem Aufsichtsrat gehören folgende Mitglieder an:

Vorsitzender	Frank Schneider Bürgermeister der Stadt Langenfeld
stellvertretender	Gregor Wiel
Vorsitzender	Steuerberater, vereidigter Buchprüfer, Wiel & Partner
Mitglieder	Dieter Braschoss selbstständiger Buchhalter, Ratsherr aus Langenfeld, Wolfgang Mark Dipl.-Verwaltungswirt, Ratsherr aus Langenfeld Joachim Herzig

beratend

Elektromechaniker und Pharmakant, Bayer HealthCare AG,
Ratsherr aus Langenfeld,
Dietmar Sonntag
Dipl.-Finanzwirt, Ratsherr aus Langenfeld
Rolf Mewes
Dipl.-Ing., Ratsherr aus Langenfeld
Andreas Sautter
Dipl.-Ing., Leiter Erzeugung und Beschaffung, Thüga AG
Eva-Irene Hennig
Dipl.-Ing., Leiterin Analyse und Grundsatzfragen, Thüga AG (bis
31.12.2019)
Christoph Kahlen, Prokurist, Thüga AG
(ab 1.1.2020)
Jürgen Wallraven
EVU Süd, innogy SE
Sandra Köhler
Brand Management, innogy SE
Thomas Grieger
Kämmerer der Stadt Langenfeld

Arbeitnehmersvertreter
beratend

Heinz-Peter Kempkes
kfm. Angestellter
Katharina Dammlaks
Leiterin Finanzen (bis 4. April 2019)
Andre Wacholder (ab 5. April 2019)
Techn. Angestellter

Den Mitgliedern des Aufsichtsrates wurde für ihre Mitwirkung in den Sitzungen insgesamt ein Auslagenersatz von € 3.010,00 unmittelbar gezahlt.

Gesellschafterversammlung

Der Gesellschafterversammlung gehören folgende Mitglieder an:

Vorsitzender Frank Schneider Bürgermeister der Stadt Langenfeld

Mitglieder

Thomas Grieger Prokurist der
Stadtentwicklungsgesellschaft Langenfeld mbH
Frank Schürmann innogy SE

Eva-Irene Hennig
Thüga AG
(bis 31.12.2019)

Christoph Kahlen
Thüga AG
(ab 1.1.2020)

Geschäftsführung

Der einzelvertretungsberechtigte Geschäftsführer war Herr Dipl.-Ing. Kersten Kerl, Langenfeld. Mit Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 2.10.2019 wurde Herr Kersten Kerl abberufen. Herr Thomas Grieger wurde zum Geschäftsführer bestellt. Mit der Bestellung von Herrn Dipl.-Ing. Udo Jürkenbeck zum alleinigen einzelvertretungsberechtigten Geschäftsführer wurde Herr Grieger zum 31.10.2019 abberufen. Die Eintragungen in das Handelsregister erfolgten zum 5.12.2019. Der Geschäftsführer erhält für seine Tätigkeit von der Gesellschaft unmittelbar keine Vergütung, da sie durch die Bezüge bei der Verbandswasserwerk Langenfeld-Monheim GmbH & Co. KG bereits abgegolten sind. Es wurde auf die Angabe der im Berichtsjahr gezahlten Geschäftsführerbezüge gemäß § 286 Absatz 4 HGB verzichtet.

Konzernverhältnisse

Die Gesellschaft gehört zu einem Konzern und ist Tochterunternehmen im Sinne von § 290 HGB. Mutterunternehmen ist die Stadtentwicklungsgesellschaft Langenfeld mbH mit Sitz in Langenfeld. Die Stadtentwicklungsgesellschaft ist aufgrund der größenabhängigen Merkmale von der Aufstellung eines Konzernabschlusses und eines Konzernlageberichtes befreit.

6. Nachtragsbericht

Die weltweite Ausbreitung des neuartigen Coronavirus ist ein Ereignis von besonderer Bedeutung nach dem Bilanzstichtag. Die finanziellen Auswirkungen auf die Geschäftsentwicklung der Gesellschaft sind nur schwer vorhersehbar. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass hiermit auch negative Auswirkungen verbunden sein könnten. Wir verweisen in diesem Zusammenhang auf unsere ausführliche Darstellung im Lagebericht.

7. Ergebnisverwendungsvorschlag

Es wird vorgeschlagen, das Jahresergebnis in Höhe von € 1.342.654,21 gemäß dem geschlossenen Ergebnisabführungsvertrag an die Stadtentwicklungsgesellschaft Langenfeld mbH abzuführen.

Langenfeld, den 3. Juli 2020

Dipl.-Ing. Udo Jürkenbeck
Geschäftsführer der Stadtwerke Langenfeld GmbH

Anlagenspiegel

	Anschaffungs- und Herstellungskosten				
	01.01.2019	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	31.12.2019
	€	€	€	€	€
I. Immaterielle Vermögensgegenstände					
1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und					

ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	530.989,51	129.073,58	15.612,00	37.824,00	682.275,09
2. Geleistete Anzahlungen	11.748,00	49.980,00	4.524,00	-7.224,00	49.980,00
	542.737,51	179.053,58	20.136,00	30.600,00	732.255,09
II. Sachanlagen					
1. Grundstücke mit Bauten	62.456,17	0,00	0,00	0,00	62.456,17
2. Geschäfts-, Betriebs- und andere Bauten	177.818,23	0,00	0,00	0,00	177.818,23
3. Bezugsanlagen	1.630.780,09	28.716,16	22.246,55	139.429,88	1.776.679,58
4. Verteilungsanlagen	68.287.483,88	3.848.618,62	90.759,19	0,00	72.045.343,31
5. Betriebs- und Geschäftsausstattung	2.298.859,28	346.185,50	42.105,09	0,00	2.602.939,69
6. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	107.721,22	143.802,88	81.494,22	-170.029,88	0,00
	72.565.118,87	4.367.323,16	236.605,05	-30.600,00	76.665.236,98
III. Finanzanlagen					
1. Beteiligungen	6.510.692,97	0,00	0,00	0,00	6.510.692,97
2. Sonstige Ausleihungen	1.640,00	0,00	0,00	0,00	1.640,00
	6.512.332,97	0,00	0,00	0,00	6.512.332,97
	79.620.189,35	4.546.376,74	256.741,05	0,00	83.909.825,04

	Abschreibungen			
	01.01.2019 €	Zugänge €	Abgänge €	31.12.2019 €
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				
1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	263.431,51	93.675,58	15.612,00	341.495,09
2. Geleistete Anzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
	263.431,51	93.675,58	15.612,00	341.495,09
II. Sachanlagen				
1. Grundstücke mit Bauten	0,00	0,00	0,00	0,00

2. Geschäfts-, Betriebs- und andere Bauten	159.736,23	2.829,00	0,00	162.565,23
3. Bezugsanlagen	1.175.047,09	44.213,04	22.246,55	1.197.013,58
4. Verteilungsanlagen	37.509.892,86	1.783.699,78	87.732,33	39.205.860,31
5. Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.240.997,28	304.664,50	31.423,09	1.514.238,69
6. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0,00	0,00	0,00	0,00
	40.085.673,46	2.135.406,32	141.401,97	42.079.677,81

III. Finanzanlagen

1. Beteiligungen	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Sonstige Ausleihungen	0,00	0,00	0,00	0,00
	0,00	0,00	0,00	0,00
	40.349.104,97	2.229.081,90	157.013,97	42.421.172,90

Buchwerte

31.12.2019	31.12.2018
€	€

I. Immaterielle Vermögensgegenstände

1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	340.780,00	267.558,00
2. Geleistete Anzahlungen	49.980,00	11.748,00
	390.760,00	279.306,00

II. Sachanlagen

1. Grundstücke mit Bauten	62.456,17	62.456,17
2. Geschäfts-, Betriebs- und andere Bauten	15.253,00	18.082,00
3. Bezugsanlagen	579.666,00	455.733,00
4. Verteilungsanlagen	32.839.483,00	30.777.591,02
5. Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.088.701,00	1.057.862,00
6. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0,00	107.721,22
	34.585.559,17	32.479.445,41

III. Finanzanlagen

1. Beteiligungen	6.510.692,97	6.510.692,97
2. Sonstige Ausleihungen	1.640,00	1.640,00
	6.512.332,97	6.512.332,97
	41.488.652,14	39.271.084,38

Bericht des Aufsichtsrats

Im Geschäftsjahr 2019 hat der Aufsichtsrat sämtliche ihm nach Gesetz und Satzung obliegenden Aufgaben wahrgenommen. Er hat die Geschäftsführung bei der Leitung des Unternehmens regelmäßig beraten und die Geschäftsführungsmaßnahmen überwacht. Dabei war er in alle Entscheidungen eingebunden, die für das Unternehmen von grundlegender Bedeutung waren

- Prüfung Jahresabschluss 2018
- Erdgaspreisanpassung zum 01.09.2019
- Widerruf und Erteilung der Prokura
- Wechsel der Geschäftsführung
- Cyberangriff
- Erörterung von Schadenersatzansprüchen gegen abberufenden Geschäftsführer
- Preisanpassung swL-Öko-Strom ab 01.03.2020
- Wirtschaftsplan 2020

Die Geschäftsführung informierte den Aufsichtsrat in schriftlichen und mündlichen Berichten regelmäßig, umfassend und zeitnah über alle wesentlichen Aspekte der Geschäftsentwicklung, die beabsichtigte Geschäftspolitik, grundsätzliche Fragen der zukünftigen Geschäftsführung sowie über wichtige Geschäftsvorfälle. Im Berichtsjahr kam der Aufsichtsrat zu zwei ordentlichen Sitzungen und einer außerordentlichen Sitzung zusammen. Beratungsschwerpunkte der Aufsichtsratssitzungen bildeten vor allem: Über Projekte und Vorgänge von besonderer Bedeutung oder Dringlichkeit wurde der Aufsichtsrat auch zwischen den Sitzungen zeitnah informiert. Auf Basis der Berichte und Beschlussvorschläge der Geschäftsführung fasste der Aufsichtsrat in seinen Sitzungen entsprechende Beschlüsse, soweit dies nach Gesetz oder Gesellschaftsvertrag erforderlich war.

Der von der Geschäftsführung aufgestellte Jahresabschluss der Stadtwerke Langenfeld GmbH wurde von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft INTEGRITAS Gesellschaft für Revision und Beratung mbH, Langenfeld unter Einbeziehung der Buchführung geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Der Abschlussprüfer war durch den Aufsichtsrat am 09.07.2019 gewählt und vom Aufsichtsratsvorsitzenden mit der Prüfung des Jahresabschlusses beauftragt worden.

Die Jahresabschlussunterlagen sowie der Prüfungsbericht des Abschlussprüfers sind allen Mitgliedern des Aufsichtsrats rechtzeitig vor der Bilanzsitzung des Aufsichtsrats zugeleitet worden.

Die für die Abschlussprüfung zuständigen Wirtschaftsprüfer berichteten in dieser Sitzung zudem über die wesentlichen Ergebnisse ihrer Prüfung und standen für ergänzende Auskünfte zur Verfügung.

Der Aufsichtsrat hat den von der Geschäftsführung aufgestellten Jahresabschluss seinerseits eingehend geprüft und keine Einwendungen erhoben. Er hat dem Ergebnis der Prüfung des Abschlussprüfers zugestimmt, den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2019 gebilligt und empfiehlt seine Feststellung durch die Gesellschafterversammlung.

Der Aufsichtsrat empfiehlt der Gesellschafterversammlung das Jahresergebnis in Höhe von 1.342.654,21 € gemäß dem geschlossenen Ergebnisabführungsvertrag an die Stadtentwicklungsgesellschaft Langenfeld mbH abzuführen. Der Aufsichtsrat dankt der

Geschäftsführung sowie allen für die Gesellschaft tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihr großes Engagement.

Langenfeld, den 04.11.2020

Frank Schneider (Aufsichtsratsvorsitzender)

sonstige Berichtsbestandteile

Tätigkeitsabschluss für das Geschäftsjahr 2019
gem. § 6b Abs. 3 EnWG

Allgemeine Erläuterungen

Am 30. Juni 2011 verabschiedete der Deutsche Bundestag die Novelle des Gesetzes über die Elektrizitäts- und Gasversorgung (Energiewirtschaftsgesetz – EnWG), die am 3. August 2011 im Bundesgesetzblatt veröffentlicht wurde. Aufgrund der geänderten Vorschriften hat die Stadtwerke Langenfeld GmbH, als vertikal integriertes Energieversorgungsunternehmen ab dem Geschäftsjahr 2011 den Tätigkeitsabschluss (§ 6b Absatz 3 EnWG) mit dem geprüften Jahresabschluss beim elektronischen Bundesanzeiger zur Veröffentlichung einzureichen und über die Tätigkeiten gemäß § 6b Absatz 3 EnWG zu berichten (§ 6b Absatz 7 EnWG). Für die Stadtwerke Langenfeld GmbH ergeben sich die folgenden Tätigkeitsbereiche:

- Gasverteilung
- Andere Tätigkeiten innerhalb des Gassektors
- Andere Tätigkeiten innerhalb des Elektrizitätssektors
- Tätigkeiten außerhalb des Elektrizitäts- und Gassektors

Mit unserem Tätigkeitsabschluss 2019 erfüllen wir die Berichtspflicht nach § 6b der EnWG-Novelle 2011. In der internen Rechnungslegung führen wir gemäß § 6b EnWG jeweils getrennte Konten für die Tätigkeiten der Gasverteilung und jeweils für andere Tätigkeiten innerhalb sowie außerhalb des Gas- und Elektrizitätssektors. Für die Gasverteilung erstellen wir eine Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung (Tätigkeitsabschluss) gemäß den Anforderungen § 6b Absatz 3 EnWG.

Auf Grund des bestehenden Ergebnisabführungsvertrages wird der Jahresüberschuss der Tätigkeiten ebenfalls als Verbindlichkeit gegenüber dem Gesellschafter ausgewiesen.

Angaben über die Zuordnungsregeln gemäß § 6b Absatz 3 Satz 7 EnWG

Im Hinblick auf die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden, die dem Tätigkeitsabschluss zugrunde gelegt wurden, verweisen wir auf die Angaben im Anhang des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2019 der Stadtwerke Langenfeld GmbH.

Für die Berichterstattung wurden die Gegenstände des Aktiv- und Passivvermögens sowie die Aufwendungen und Erträge den einzelnen Unternehmenstätigkeiten direkt oder durch Schlüsselung retrograd zugeordnet. Das Anlagevermögen, die Umsätze und die Personalaufwendungen sind die wesentlichen Positionen für die Zuordnung der Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung auf die einzelnen Tätigkeiten.

Mit dem Tätigkeitsabschluss 2019 wird das Eigenkapital erstmalig für die jeweiligen Tätigkeitsbereiche als Residualgröße aus Gesamtkapital abzüglich Fremdkapital bestimmt. Durch diesen Methodenwechsel der Zuordnung wurde der in der Vergangenheit angewendete Kapitalverrechnungsposten als Ausgleichsposten zwischen Kapital und Vermögen aufgelöst.

Restlaufzeiten der Verbindlichkeiten

Die im Tätigkeitsabschluss der Gasverteilung ausgewiesenen Verbindlichkeiten zum 31.12.2019 erstrecken sich über die verschiedenen Restlaufzeiten wie folgt:

	davon mit einer Restlaufzeit			Gesamt	Gesamt
	bis 1	> 1	> 5		
	Jahr	Jahre	Jahre	31.12.2019	31.12.2018
	T€	T€	T€	T€	T€
Verb. ggü. Kreditinstituten	380	832	506	1.212	2.086
Verb. a. Lieferungen u. Leistungen	702	0	0	702	412
Verbindlichkeiten ggü. verb. UN	135	0	0	135	14
Verb. ggü. Gesellschafter	644	0	0	644	661
Sonstige Verbindlichkeiten	143	0	0	143	595
Gesamt	2.004	832	506	2.836	3.768

Die Verbindlichkeiten enthalten gemäß § 268 Abs. 5 Satz 3 HGB keine Verbindlichkeiten, die erst nach dem Stichtag rechtlich entstehen.

Aufgliederung der Haftungsverhältnisse (§ 268 Abs. 7 HGB)

Haftungsverhältnisse nach § 268 Abs. 7 HGB liegen nicht vor.

	31.12.2019	31.12.2018
	€	€
AKTIVA		
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche		
- Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten	23.992,65	11.776,76
und Werten		
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke mit Bauten	62.456,17	62.456,17
2. Geschäfts-, Betriebs- und andere Bauten	15.253,00	18.082,00
3. Bezugsanlagen	73.938,00	50.591,00
4. Verteilungsanlagen	4.612.861,00	4.957.306,89
5. Betriebs- und Geschäftsausstattung	160.187,12	154.295,90
	4.924.695,29	5.242.731,96
III. Finanzanlagen		
1. Beteiligungen	491.265,85	526.743,23
2. Sonstige Ausleihungen	1.006,30	1.092,24
	492.272,15	527.835,47
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte		
- Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	66.768,07	312.085,33

	66.768,07	312.085,33
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	926.457,06	1.136.114,38
2. Forderungen ggü. UN mit Beteiligungsverhältnis	0,00	47.236,58
3. Sonstige Vermögensgegenstände	217.232,49	183.828,90
	1.143.689,55	1.367.179,86
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	79.851,74	185.302,43
	6.731.269,45	7.646.911,81

	31.12.2019	31.12.2018
	€	€
PASSIVA		
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	1.052.156,50	491.200,00
II. Kapitalrücklage	581.398,83	271.426,44
III. Gewinnrücklagen	1.742.741,30	0,00
	3.376.296,63	762.626,44
B. Ausgleichsposten aus Kapitalverrechnung	0,00	2.692.002,86
C. Empfangene Baukostenzuschüsse	54.695,00	102.228,00
D. Rückstellungen		
1. Rückstellungen für Pensionen	189.089,37	106.877,39
2. Steuerrückstellungen	0,00	0,00
3. Sonstige Rückstellungen	274.741,52	215.271,40
	463.830,89	322.148,79
E. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.212.374,26	2.085.730,54
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	702.076,40	411.630,07
3. Verbindlichkeiten ggü. verbundenen Unternehmen	135.146,17	14.631,60
4. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	644.328,26	661.072,56
5. Sonstige Verbindlichkeiten	142.521,84	594.840,95
	2.836.446,93	3.767.905,72
	6.731.269,45	7.646.911,81

	2019	2018
	€	€
1. Umsatzerlöse	8.472.361,38	7.076.963,81
2. Andere aktivierte Eigenleistungen	33.990,60	49.126,65
3. Sonstige betriebliche Erträge	3.145,66	8.556,93
4. Materialaufwand	-	-
	3.001.145,48	2.169.723,68
5. Betrieblicher Rohertrag	5.508.352,16	4.964.923,71
6. Personalaufwand	-	-
	1.876.263,35	1.993.430,94
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-664.780,94	-687.351,40
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-	-
	1.150.294,46	1.099.365,10
9. Betriebsergebnis	1.817.013,41	1.184.776,27
10. Erträge aus Beteiligungen	0,00	0,00
11. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	870,28	190,01
12. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-48.638,92	-72.665,15
13. Finanzergebnis	-47.768,64	-72.475,14
14. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-41.613,23	-32.353,48
15. Ergebnis nach Steuern	1.727.631,54	1.079.947,65
16. Aufgrund eines Ergebnisabführungsvertrages abgeführter Gewinn	-	-
	1.727.631,54	1.079.947,65
17. Jahresüberschuss	0,00	0,00

Anschaffungs- und Herstellungskosten

Posten des Anlagevermögens	01.01.2019	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	31.12.2019
	€	€	€	€	€
<u>I. IMMATERIELLE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE</u>					
1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	190.485,00	18.321,73	3.112,00	-605,43	205.089,31
<u>II. SACHANLAGEN</u>					
1. Grundstücke mit Bauten	62.456,17	0,00	0,00	0,00	62.456,17
2. Geschäfts-, Betriebs-					

und andere Bauten	177.818,23	0,00	0,00	0,00	177.818,23
3. Bezugsanlagen	1.099.622,61	28.716,16	22.246,55	0,00	1.106.092,22
4. Verteilungsanlagen					
- Schrankregleranlagen	464.398,74	31.519,42	9.908,45	0,00	486.009,71
- Leitungsnetz/Hausanschlüsse	36.113.851,45	185.428,24	14.539,16	0,00	36.284.740,53
- Gaszähler/Hausdruckregler	1.444.097,52	54.037,89	29.326,84	0,00	1.468.808,57
5. Betriebs- /Geschäftsausstattung	660.596,13	16.353,09	8.869,01	26.157,09	694.237,30
	40.022.840,85	316.054,80	84.890,01	26.157,09	40.280.162,73

III. FINANZANLAGEN

1. Beteiligungen	526.743,23	0,00	0,00	- 35.477,38	491.265,85
2 Sonstige Ausleihungen	1.092,24	0,00	0,00	-85,94	1.006,30
Summe Finanzanlagen	527.835,47	0,00	0,00	- 35.563,32	492.272,15

<u>GESAMTSUMME</u>	40.741.161,32	334.376,53	88.002,01	- 10.011,66	40.977.524,18
--------------------	---------------	------------	-----------	----------------	---------------

Abschreibungen

Posten des Anlagevermögens	01.01.2019	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	31.12.2019
	€	€	€	€	€

I. IMMATERIELLE

VERMÖGENSGEGENSTÄNDE

1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	178.708,24	5.331,37	3.112,00	169,03	181.096,66
--	------------	----------	----------	--------	------------

II. SACHANLAGEN

1. Grundstücke mit Bauten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Geschäfts-, Betriebs- und andere Bauten	159.736,23	2.829,00	0,00	0,00	162.565,23
3. Bezugsanlagen	1.049.031,61	5.369,16	22.246,55	0,00	1.032.154,22
4. Verteilungsanlagen					
- Schrankregleranlagen	408.325,74	10.459,42	9.908,45	0,00	408.876,71
- Leitungsnetz/Hausanschlüsse	31.475.731,56	529.047,27	13.608,30	0,00	31.991.170,53

- Gaszähler/Hausdruckregler	1.180.983,52	74.993,89	29.326,84	0,00	1.226.650,57
5. Betriebs- /Geschäftsausstattung	506.300,23	36.750,82	8.869,01	-131,86	534.050,18
	34.780.108,89	659.449,56	83.959,15	-131,86	35.355.467,44

III. FINANZANLAGEN

1. Beteiligungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2 Sonstige Ausleihungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Summe Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

<u>GESAMTSUMME</u>	34.958.817,13	664.780,94	87.071,15	37,17	35.536.564,09
--------------------	---------------	------------	-----------	-------	---------------

Restbuchwerte

Posten des Anlagevermögens	31.12.2019	31.12.2018
	€	€

I. IMMATERIELLE

VERMÖGENSGEGENSTÄNDE

1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	23.992,65	11.776,76
--	-----------	-----------

II. SACHANLAGEN

1. Grundstücke mit Bauten	62.456,17	62.456,17
2. Geschäfts-, Betriebs- und andere Bauten	15.253,00	18.082,00
3. Bezugsanlagen	73.938,00	50.591,00
4. Verteilungsanlagen		
- Schrankregleranlagen	77.133,00	56.073,00
- Leitungsnetz/Hausanschlüsse	4.293.570,00	4.638.119,89
- Gaszähler/Hausdruckregler	242.158,00	263.114,00
5. Betriebs-/Geschäftsausstattung	160.187,12	154.295,90
	4.924.695,29	5.242.731,96

III. FINANZANLAGEN

1. Beteiligungen	491.265,85	526.743,23
2 Sonstige Ausleihungen	1.006,30	1.092,24
Summe Finanzanlagen	492.272,15	527.835,47

Angaben zur Feststellung:

Der Jahresabschluss wurde am 29.07.2020 festgestellt.

Bestätigungsvermerk

Bei dem vorstehenden Jahresabschluss handelt es sich um die nach § 327 HGB für Offenlegungszwecke verkürzte Fassung. Zu dem vollständigen Jahresabschluss und dem Lagebericht wurde folgender Bestätigungsvermerk erteilt:
Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers
An die Stadtwerke Langenfeld GmbH, Langenfeld:

1. Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Stadtwerke Langenfeld GmbH, Langenfeld, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2019 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2019 bis zum 31. Dezember 2019 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Stadtwerke Langenfeld GmbH, Langenfeld, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2019 bis zum 31. Dezember 2019 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Regelungen im Gesellschaftsvertrag und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2019 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2019 bis zum 31. Dezember 2019 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben.

Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Sonstige Informationen

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die

sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.
Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zum Lagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist. Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.

- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.

- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.

ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.

- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.

führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen

- nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

2. Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Nach § 6b Abs. 5 EnWG umfasste die Prüfung auch die Einhaltung der Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG, wonach für die Tätigkeiten nach § 6b Abs. 3 EnWG getrennte Konten zu führen und Tätigkeitsabschlüsse aufzustellen sind. Die Einhaltung der Pflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG liegt in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über die Einhaltung der Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG abzugeben.

Nach den vom IDW festgestellten Grundsätze ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass mit hinreichender Sicherheit beurteilt werden kann, ob die Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG in allen wesentlichen Belangen erfüllt sind. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht sowie für die Einhaltung der Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung, ob die Wertansätze und die Zuordnung der Konten in der internen Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG sachgerecht und nachvollziehbar erfolgt sind und der Grundsatz der Stetigkeit beachtet wurde.

Die Prüfung der Einhaltung der Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG, wonach für die Tätigkeiten nach § 6b Abs. 3 EnWG getrennte Konten zu führen und Tätigkeitsabschlüsse aufzustellen sind, hat zu keinen Einwendungen geführt.

Langenfeld, 9. Juli 2020

INTEGRITAS Gesellschaft für Revision und Beratung mbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

Timo Lange-Gerhold
Wirtschaftsprüfer

Michael Gerhold
Wirtschaftsprüfer